

BERLIN

Polizei bereitet sich auf Aktivisten vor

Letzte Generation plant Straßenblockaden im Regierungsviertel

Die Klimaschutzgruppe Letzte Generation will offenbar mit zahlreichen Störungen und Straßenblockaden durch Hunderte Demonstranten Berlin für längere Zeit lahmlegen. Damit sollen ihre Forderungen nach einer radikalen Wende in der Klimapolitik durchgesetzt werden. Von diesem Mittwoch an seien zunächst Aktionen im Regierungsviertel geplant, ab Montag dann in der ganzen Hauptstadt. Die Polizei bereitet sich bereits auf die Aktionen vor, um schnell einzugreifen.

Im Rahmen sogenannter Gefährdungspraxen könne die Polizei nach eigenen Angaben bekannte Straftäter vor weiteren Taten warnen. Das sei im vergangenen Jahr auch in Berlin in fast 200 Fällen bei Klimaschützern, die sich an Straßen festgeklebt hatten, erfolgt. Unter bestimmten Voraussetzungen könne die Polizei auch Menschen von Plätzen oder Straßen verweisen oder ihnen den Aufenthalt dort verbieten, heißt es. Diese Maßnahmen müssten laut dem Sicherheits- und Ordnungsgesetz der Abwehr einer Gefahr oder der Verhütung von Straftaten dienen. Dazu müssten Tatsachen vorliegen, die darauf hinweisen, dass die betroffene Person eine Straftat begehen wird.

Außerdem könnten Beamte jemanden einsperren, im Juristendeutsch in den sogenannten Präventivgewahrsam nehmen, um Straftaten zu verhindern, teilt die Polizei weiter mit. Diese Maßnahme müsse von einem Richter angeordnet werden. Zuständig dafür sei das sogenannte Bezirksgericht am Tempelhofer Damm. Die Justiz erwarte in den nächsten Tagen zunächst nicht deutlich mehr Fälle. Bei Bedarf könne aber jederzeit ein zweiter Ermittlungsrichter hinzugezogen werden, so eine Gerichtssprecherin.

In Bayern werden Blockierer deutlich länger eingesperrt

Bis Anfang des Jahres seien entsprechende Vorführungen in Berlin in rund 250 Fällen im höchsten 48-Stunden dauern. Die Kollation aus SPD, Grünen und Linken in Berlin habe den Zeitraum von vier Tagen auf zwei Tage reduziert. In anderen Bundesländern seien mehr Tage möglich. So seien in Bayern Blockierer präventiv deutlich länger eingesperrt worden, so die Polizei. Eine Untersuchungshaft mit einem Haftbefehl nach einer Festnahme sei in solchen Fällen fast nie fällig, weil die Taten nicht schwerwiegend genug sind und die Verdächtigen feste Wohnsitze haben.

In Berlin laufen bereits fast 5000 Ermittlungsverfahren der Polizei wegen Kollation und gefährlichen Eingriffen im Straßenverkehr, Hausfriedensbrüchen, Sachbeschädigungen und Widerstand gegen Polizisten, so die Polizeibehörde. 800 Blockierer seien namentlich bekannt. Die Polizei habe Hunderte Gebührenbescheide über 241 Euro verschickt, in vielen Fällen hätten Wiederholungstäter mehrere Gebührenforderungen geschickt bekommen. Bislang seien einige Dutzend Blockierer von Gerichten zu meist niedrigen Geldstrafen verurteilt worden.

Ob diese Forderungen und Strafen abschreckend wirken, ist aber zweifelhaft, so die Polizei. Die Letzte Generation sammle für ihre Kampagnen, Blockadeaktionen und Gerichtskosten seit längerem Spenden. Im vergangenen Jahr habe sie laut ihres Transparenzberichts rund 900.000 Euro zusammen bekommen, von denen auch Geldstrafen bezahlt wurden.

Bei den Blockaden von Autobahnausfahrten im vergangenen Jahr habe sich die Polizei oft schon am frühen Morgen mit Zivilpolizisten an bestimmten Abfahrten positioniert. Sie sollten zu Beginn einer geplanten Blockade schnell eingreifen, bevor Demonstranten sich festkleben konnten.

Das Camp der Letzten Generation im Invalidenpark ist im Fokus

Ähnlich werde die Polizei nach eigenen Angaben wohl auch in den nächsten Tagen vorgehen und Orte wie Ministerien, Parteizentralen und Verkehrsknotenpunkte beobachten. Eine Polizeisprecherin sagte nur, man richte sich auf die Blockaden ein, könne aber keine Details zur Einsatzplanung oder zu den erwarteten Orten nennen. Offenbar hält die Polizei aber deutlich mehr Einsatzkräfte als sonst in Bereitschaft. Man müsse „schnellstmöglich auf dynamische Lagen reagieren“ können, erklärte die Gewerkschaft der Polizei (GdP). Dienstpläne würden „über den Haufen geworfen“ und Polizisten „in den Dienst alarmiert“, um das Camp der Blockierer im Invalidenpark in Mitte im Blick zu haben. dpa



Die Letzte Generation beim Frühstück in Kreuzberg

PATRICK GOLDSTEIN/PATRICK GOLDSTEIN

Bürgerräte mit vielen Befugnissen

„Letzte Generation“ fordert gesetzgebungs-kompetenten Gesellschaftsrat – rechtlich ein Problem

Dominik Bardow

Klimaaaktivisten scheinen derzeit Berlin an vielen Stellen lahmzulegen. Die Maßnahmen in das Parlament einzubringen, „nötige Überzeugungsarbeit“ leisten und die beschlossenen Gesetze „in einer beispiellosen Geschwindigkeit und Entschlossenheit umsetzen“. Also ein indirekter Zwang zur Umsetzung. Pestalozza gibt zu bedenken: „Wenn sich die Regierung mit ihrer Mehrheit im Parlament für Beschlüsse der Bürgerräte einsetzen muss, wäre es wahrscheinlich, dass Vorschläge am Ende Gesetze werden.“ Der Jurist sagt, mit Petitionen und Initiativen gäbe es bereits Möglichkeiten, Anliegen an Parlamente heranzutragen, wie etwa bei Volksentscheiden in Berlin. „Die Frage ist, ob Bürgerratsbeschlüsse da ein Zugewinn wären.“

Indirekter Zwang zur Umsetzung Tatsächlich gibt es Bürgerräte im Ausland bereits, auch auf kommunaler Ebene in Deutschland und bald auch auf Bundesebene. Im Ampel-Koalitionsvertrag haben SPD, Grüne und FDP vereinbart „neue Formen des Bürgerdialoges wie etwa Bürgerräte“ zu nutzen, „ohne das Prinzip der Repräsentation aufzugeben“. Man werde Bürgerräte zu konkreten Fragestellungen einsetzen und

eine Befassung des Bundestages mit den Ergebnissen sicherstellen. „Aktuell organisieren wir als Verein drei Bürgerräte im Auftrag des Bundestages“, sagt Claudine Nieth, Vorstandssprecherin von Mehr Demokratie e. V. Die Aktivisten lägen also mit ihren Forderungen nach Bürgerräten „zumindest voll im Trend“. Aber Nieth sagt auch: „Es ist eine Wunschvorstellung, dass die Empfehlungen verpflichtend sein müssen. Ein Bürgerrat soll nicht in Konkurrenz zum Parlament treten.“

Aber Nieth kann aus ihrer Erprobungsphase berichten, wie die Arbeit in Bürgerräten in der Praxis aussieht. „Solche Bürgerräte funktionieren in der Regel ab 50 Personen. Wir haben 160 Menschen entsprechend den 16 Bundesländern ausgewählt“, berichtet sie. Die Redanteile in Sitzungen seien ungleich, sie würden unabhängig moderiert und von unabhängigen Experten informiert, bevor die Abstimmungen anstünden. Die Praxis zeigt, dass Menschen dabei lernen, sich zuzuhören und nach gemeinsamen Lösungen suchen. „Manch ein Politiker wünschte sich, im Parlament so arbeiten zu können, haben wir gehört“, sagt Nieth.

Der Vorschlag von Gesellschaftsräten hat viel Charme, aber man muss nachden-

ken, wie man ihn in das politische System einbettet“, erklärt Professorin Miriam Hartlapp vom Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin. Sie hat sich mit dem Klimarat beschäftigt, der im Nachbarland Frankreich eingeführt wurde. „Wenige Empfehlungen wurden bisher umgesetzt.“ Denn die Vorschläge seien oft nicht gleichzeitig umsetzbar. „Die Vorstellung von Politik in der Bevölkerung ist oft: Die Lösung ist doch leicht. Warum wird sie nicht umgesetzt? Aber Politik ist ein Aushandlungsprozess“, sagt Hartlapp.

„Im schlimmsten Fall produziert ein Gesellschaftsrat die Haltung: Der Bürger bestellt, die Politik muss liefern“, sagt Felix Heidenreich von der Universität Stuttgart, der das Buch „Die Zukunft der Demokratie“ geschrieben hat. „Im besten Fall entsteht mehr Verständnis für die Komplexität politischer Prozesse.“ Aber er sieht beratende Bürgerräte als einen sinnvollen Baustein zur Verbesserung von Demokratie, ähnlich wie Brigitte Geißel von der Forschungsstelle Demokratische Innovationen an der Goethe-Universität Frankfurt. „Sie können Perspektiven von Bürgern, die oft nicht gesehen werden, einbringen“, sagt sie. Etwas die von politikverdrossenen Bürgern mit wenig Bildung. Aktivisten möchten laut Geißel mit den Bürgerräten vor allem das Argument der Politik entkräften, dass die Bevölkerung nicht mehr Klimaschutz wolle. „Eine Klimadiktatur ist aber Unsinn – das will niemand.“



Experte: Christian Pestalozza



Expertin: Claudine Nieth

Rebecca Marquardt, Pfarrerin in der St. Thomas-Kirche. PATRICK GOLDSTEIN

Klimaschützer rüsten sich in Kreuzberg für Protestaktionen

Schon bei der Auftaktveranstaltung am Mittwoch kommt es zu handfesten Auseinandersetzungen mit der Polizei

Patrick Goldstein

Berlin. Mit Aufsehen erregenden Aktionen starteten die Anhänger der Klimabewegung „Letzte Generation“ am Mittwoch ihre Proteste in Berlin. Ziel ist es, vor allem in der kommenden Woche die Stadt lahmzulegen. Bei einem Umzug von Kreuzberg nach Friedrichshain und Mitte mit rund 800 Teilnehmern kam es ab dem frühen Nachmittag zu handfesten Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Auf der Schillingbrücke erklimmte ein Mann ein Polizeiauto und wurde dort von der Polizei festgesetzt. Am Strausberger Platz in Friedrichshain verklebten sich Teilnehmer untereinander. Der Umzug endete am Brandenburger Tor. Der erste Protesttag begann für rund 500 Anhänger der Letzten Generation in der St. Thomas-Kirche in Kreuzberg. Der Kirchenrat hatte der Gruppe am Dienstag und Mittwoch Räume zur Verfügung gestellt (siehe Text rechts). Eine weitere Zusammenkunft dort ist für den kommenden Mittwoch festgelegt.

Im Gegensatz zu den verstörenden Eskalationen beim späteren Umzug war die Stimmung in der Kirche weniger kämpferisch als herzlich vertraut. Erfahrene Klimaaaktivisten wandten sich besonders neuen Gesichtern zu. Mit Namensaufliegern versehen, waren die Teilnehmer auf die Stühle des Raums verteilt, andere bedienten sich an einem auf mehrere Tische ausgebreiteten veganen Frühstücksbuffet, samt Häferlchen für den Kaffee. Eine der Aktivistinnen, eine Künstlerin Mitte 50, erzählte, sie sei erst seit wenigen Wochen dabei. Dem Zugang zur Gruppe ging bei ihr ein 90-minütiges Gespräch mit einem Mitglied der Aktivistengruppe voraus.



„Um Vertrauen zu schaffen.“ Begeistert zeigte sie sich nun über den Zusammenhalt der Letzten Generation. Und über die erfahrenen Mitstreiter. Fast jeder hier in der Kirche, sagte sie, habe bereits eine Anzeige erhalten, auch sie selbst. Mancher habe sogar schon in Haft gesessen. Die Veranstaltung in der Kirche wurde aus mehreren Dutzend Metern von uniformierten Polizisten beobachtet. In einer Nebenstraße standen drei voll besetzte Einsatzfahrzeuge.

Aus ganz Deutschland angezeigte Besucher lauschten den Ansprachen. Eine Aktivistin trat ans Mikrofon und erklärte, sie habe „ein Welscherm“ hergeholt. „Aber ich wollte ihn nicht mehr allein ertragen.“ Merklein sprach die Rednerin nicht zum ersten Mal öffentlich. Langsam setzte sie die Worte, die von den Wänden des Gotteshauses widerhallten. Seit sie bei der Letzten Generation sei, fühle sie sich nicht mehr allein. „Viele mutige und wunderschöne Menschen stehen an meiner Seite“, sagte sie, was den 500 Zuhörern wohlwollendes Murmeln entlockte.

„In einer Pause sagte Robin (19) aus Köln, er habe dafür eine Auszeit von der Universität genommen. Anka (28) neben ihm beantragte sogar Urlaub dafür. „Wenn ich sehe, dass unsere Proteste etwas bewirken, dann werde ich lange bleiben“, sagte Robin. „Bewirken“ heißt bei ihm: Die Bundesregierung lässt sich auf Forderungen der Klimaaaktivisten ein, etwa darauf, einen Gesellschaftsrat einzusetzen. Auf die Frage, ob er dies für möglich halte, sagte er selbstbewusst: „Sonst wäre ich nicht extra nach Berlin gekommen.“ Und: Wenn die Stadt tagelang lahm liege, müsse die Politik „ja irgendwie reagieren“.

Gegen 14 Uhr machten sich die Demonstranten zum folgenreichen Umzug auf. Ihre Handys gaben sie vorsorglich bei einer Sammelstelle der Letzten Generation ab. Die Geräte sollten, so die Organisatoren im Vorfeld, bei Festnahmen besser nicht der Polizei in die Hände fallen.

„Letzte Generation“ tagt in Kirche

Pfarrerin ist mit Zielen der Gruppe einverstanden – mit den Mitteln nicht

Patrick Goldstein

Berlin. Es ist bemerkenswert, wenn eine Kirche zum Tagungsort einer Gruppe von Klimaaktivisten wird, die sich bei ihren Protesten mitunter strafbar macht. Rebecca Marquardt ist Pfarrerin in der St. Thomas-Kirche, wo die „Letzte Generation“ erst zu einer Pressenitzung am Dienstag und dann am Mittwoch zu einer Veranstaltung laden konnte, die darauf abzielte, neue Anhänger zu gewinnen und den Rahmen bot, um die Protestumzüge am frühen Nachmittag in Kreuzberg und Mitte zu organisieren. Der Kirchenfrau zufolge kam es dazu durch eine Anfrage aus Bayern. Eine Pfarrerin aus dem Raum München, die zu den dieser Tage beginnenden Protesten der Letzten Generation nach Berlin kommt, fragte bei Bekannten im Evangelischen Kirchenkreis Berlin Stadtmitte an, ob man dort Räume zur Verfügung stellen könne.

Letzte Generation macht Veranstaltung in Kreuzberg Kirche Bevor es in Berlin dann grünes Licht gab, musste sich ein Vertreter der Letzten Generation bei den Kirchenoberen vorstellen. Am Ende habe der Kirchenrat darüber abgestimmt. „Es gab in der Kirche auch sehr viel Kritik am Handeln der Letzten Generation“, sagt Pfarrerin Marquardt. Auch aus anderen Gemeinden sei ihr signalisiert worden, dass man dort mit der Entscheidung zur Aufnahme der Protestgruppe nicht einverstanden ist.

Nonkonformes Vorgehen gab es bei den Kreuzberger Kirchenleuten schon in der Vergangenheit. So duldeten sie etwa kurzzeitig Geflüchtete, deren wildes Wohnlager am benachbarten Oranienplatz im Frühling 2014 aufgelöst worden war und die im September des selben Jahres die Kirche besetzt hatten. Marquardt zu den Positionen der Letzten Generation: „Ich teile ihre Ziele, den Klimawandel aufzuhalten. Aber nicht ihre Mittel.“

Unbestreitbar sei, dass Christen „von Gott den Auftrag bekommen haben, die Schöpfung zu bewahren“, sagt sie. Als Marquardt am Mittag eine Andacht vor 20 Gemeindegliedern hält, macht sie sich dann doch stark für die Idee der Letzten Generation. Auch wenn die radikaleren Aktionen der Gruppe nicht richtig und sinnvoll erscheinen mögen, so sollten sie, statt sich nur darüber zu ärgern, sie als „Werkruf begreifen“. Später gefragt, ob sie die Aufnahme der Letzten Generation in ihre Kirche auch als Weg begreife, neue Anhänger zu finden, verneint sie resolut. „Wir stellen diese Räume verschiedenen Gruppen zur Verfügung“. Hintergedanken hege man darüber hinaus nicht.



Rebecca Marquardt, Pfarrerin in der St. Thomas-Kirche. PATRICK GOLDSTEIN